

With some friends, you don't need enemies.

(Amerikanische Volksweisheit)

Das Prokla-Editorial zum USA-Heft ist, wie in der letzten Ausgabe teilweise dokumentiert, auf heftige Kritik gestoßen. Das war vielleicht nicht anders zu erwarten, denn erstens war das Editorial eine Provokation und zweitens enthält es die These, daß als Anti-Amerikaner gilt, wer die USA und den American way of life kritisiert. Allerdings wird in den Antworten auf das Editorial dieser Anti-Amerikanismus-Vorwurf mit Selbstausslöser nicht an der bloßen Tatsache der Kritik festgemacht, sondern an deren Form und Inhalt: So soll die Sprache vor Erbitterung, Zynismus und Wut »triefen«, angeblich wird volkweise pauschalisiert, die US-amerikanische Opposition soll »irgendwie entmündigt« werden (wenn das von hier aus durch ein Editorial geschehen könnte, wäre es im übrigen nicht schade um sie) usw. usf.

Wut und Erbitterung sind ziemlich starke Gemütsbewegungen, die eher in persönlichen Beziehungen oder auf sonstigen Ebenen unmittelbarer individueller Betroffenheit auftreten als in Einstellungen zu irgendeiner nationalstaatlich verfaßten Politik. Die Spielereien mit den Klischees vom American way of life im Editorial, an denen sich diese Sprachkritik festmacht, waren ironisch gemeint. Wie man z.B. im Ernst meinen kann, »Dallas«, Charlie Parker und Parsons würden in einen Topf geworfen und für schlecht befunden, wenn man trivialerweise feststellt, daß das alles aus den USA kommt, ist nicht nachvollziehbar. Allerdings, wenn immer noch einmal dazugesagt werden muß (Achtung: Ironie!), wie etwas gemeint ist, sind Kommunikationskanäle verstopft. Bei Texten kann man leider kein Lachband dazuspielen. Wenn der derart allein gelassene Leser dann das rechtzeitige Lachen verpaßt, muß es natürlich trotzdem nicht an ihm, es kann auch am Autor liegen. Das müssen Dritte beurteilen. Eines läßt sich aber auch vom Autor aus feststellen, nämlich wenn nicht oder nicht genau gelesen wird. Das fängt an bei Detlev Claussen, der sich in »links« über den »Dilettantismus des Unmöglichen« (noch so ein Titel...) ausläßt, aber nur auf den Titel des Editorials wie auf einen Pawlowschen Reiz zu reagieren vermag. Danach hat er offenbar nicht weiterlesen können. Jedenfalls reicht ihm die Tatsache, daß jemand für einen linken Anti-Amerikanismus plädiert, um über die Verkommenheit insbesondere der Berliner Linken zu rasonnieren. Ein Anlaß, um den »links«-Lesern selbst einen larmoyanten Anti...ismus zuzumuten. Die inhaltliche Argumentation interessiert ihn nicht. »Hetze gegen Amerika« – auch noch »wider besseres Wissen« – ist schlecht (aber wo wird im Editorial gegen Amerika gehetzt?). Kollektivverdammungen (wo?) sind schlecht. Der Kulturverfall – ablesbar am geänderten Produktmanagement bei der Firma Louis Vuitton – ist auch schlecht. Alles zusammen bringt Claussen zu dem Schluß, daß sich Onkel Ho beim Anblick eines blassen nordamerikanischen Gringos in Nicaragua im Grabe herumdrehen muß.

Sollen wir wirklich der Frage nachgehen, ob das stimmt? Verdient es eine Richtigstellung, was Andy Markovits (Prokla 76, S. 140) auf unsere rhetorische Frage ant-

wortet, ob etwa jemand einen Franzosen einer antideutschen Einstellung beschuldigen würde, der unseren guten Bundeskanzler für »eine adäquate Darstellung der politischen Gesinnungslage der Bundesdeutschen« hielte? Vielleicht doch, denn Markovits Antwort verrät, daß er die Frage nicht als rhetorische aufgefaßt hat: Für ihn wäre ein solcher Franzose nicht nur dumm und uninformiert, sondern auch noch politisch unverantwortlich und antideutsch eingestellt. Das mag, muß aber nicht sein. Der imaginierte Franzose schlosse eben vom Resultat eines komplexen politischen Prozesses (die Auswahl der politischen Repräsentanten eines Volkes, insbesondere auf der obersten, international bedeutsamen Ebene) auf die Filter (Bewußtsein der Wähler, institutionelle Vorkehrungen etc.) in dieser Gesellschaft selbst. Dies ist nicht nur statthaft und üblich, sondern in gewissem Maße notwendig, wenn jemand »von außen« mit einer Gesellschaft umgehen muß, wo eben vor allem das »außen« bedeutsame Resultat interessiert.

Sagt die Tatsache, daß Ronald Reagan nicht nur US-Präsident werden konnte, sondern wiedergewählt wurde und höchst populär war, etwas über die politische Gesinnungslage der Mehrheit der US-Amerikaner? Wenn man diese – wiederum rhetorisch gemeinte – Frage mit »Ja« beantwortet, bedient man sich der »französischen« Schlußfolgerung und – es erfüllt sich die Prognose des Editorials automatisch bei seinen Kritikern: Man wird Anti-Amerikaner gescholten und handelt sich all die Vorwürfe ein, die mit dem Stereotyp »Anti...ismus« verbunden sind: Pauschalisierung, Kollektivverdammung, Unverantwortlichkeit, Feigheit, Dummheit usw. usf. Im Weltbild dieser Kritiker vereinigt hingegen der idealtypische Linksintellektuelle in seiner Person das genaue Gegenteil dieser Eigenschaften: Er urteilt differenziert, verdammt keine Kollektive (es seien denn Klassen und davon die richtigen), übernimmt wegen seines größeren Durchblicks die politische Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere usw. usf. Vielleicht neigt er auch zum freundlichen Gedankenaustausch im herrschaftsfreien Diskurs? (Lachband)

Lassen wir das. Im Prokla-Editorial zum USA-Heft wurde die These vertreten, daß man sich als externer Kritiker der USA das Label »Anti-Amerikaner« fast unvermeidlich zuzieht (obwohl die Kritik sehr zurückhaltend war, wie Mayer/van Capelleveen zurecht vermerken, und sich zudem gut auf US-amerikanische Quellen stützen kann). Diese These hat sich glänzend bestätigt. Die Kritiker des Editorials (und vielleicht viele Leser) vermochten allerdings dem vorgeschlagenen nächsten Schritt, aus der so entstehenden, antizipierten Not eine Tugend zu machen und sich das Label »linker Anti-Amerikanismus« bewußt zu eigen zu mache, nicht zu folgen. Offenbar ist das zuviel verlangt. In der Tat läßt sich darüber streiten, ob man freiwillig all die Negativattribute auf sich ziehen sollte, die mit dem Label »Anti...ismus« verbunden sind. Die reflexhafte Dummheitsvermutung, der man sich ausgesetzt sieht, tut mitunter schon weh – etwa wenn unterstellt wird, man wisse nicht, wieviel in der Welt vom Erfolg der Opposition in den USA abhängt.

Das Problem ist, daß für den Rest der Welt (es handelt sich keineswegs, wie Markovits und andere vermuten, die im Hintergrund immer die »deutsche Frage« wittern, um ein spezifisch bundesdeutsches Problem) zu viel von dieser Opposition abhängt und daß

ihre Erfolgsaussichten in der Tat gering sind. Demoralisiert es die radikalen, oppositionellen Kräfte in den USA, wenn in Berlin (West) einige Linke der Meinung sind, erstere seien in dieser Rolle, zumindest was die hiesigen (europäischen) Belange angeht, strukturell überfordert? Es wäre ja z.B. nicht damit getan gewesen, daß Dukakis gegen Bush gewonnen hätte. Zumindest in der US-Außenpolitik – die Innenpolitik interessiert hier nur am Rande – gibt es, von der Monroe-Doktrin über libysche Abenteuer bis zu Vietnam, Nicaragua und Fragen der Abrüstung, eine Kontinuität, die durch den Wechsel von Regierung und Opposition in den USA bisher im Prinzip nicht in Frage gestellt wurde. Das kann man natürlich auch anders sehen und z.B. den Rückzug der USA aus Vietnam und den Kandidaturverzicht von LBJ als durch die Opposition herbeigeführten Umbruch feiern.

Aber vielleicht wäre es Zeit für skeptischere Überlegungen zur Rolle (nicht nur) dieser Opposition? Ohne die Aufrichtigkeit und guten Absichten ihrer Mitglieder – Organisationen, Gruppen, Individuen – in Frage zu stellen, kann man, gerade angesichts der Kontinuität der US-Außenpolitik und der Stabilität der Binnenverhältnisse (oder gibt es etwa eine anti-kapitalistische Bewegung mit noch so geringen Erfolgsaussichten?), mit guten Gründen vermuten, daß die radikale Opposition mehr die Rolle eines letztlich stabilitätsfördernden Immunsystems spielt als den Zielen näher kommt, die sie sich selbst setzt. Wenn es so wäre – und darüber zu streiten, wäre interessant –, folgte jedoch nicht, daß sich Opposition nicht lohnt, sondern nur, daß eine radikale Opposition sich nicht auf den Lorbeeren ihrer moralischen Überlegenheit und guten Absichten ausruhen kann. Sie sollte ihre eigene Rolle und ihre Mittel auch nach dem Kriterium ihres politischen Erfolgs bewerten.

Natürlich wissen auch die Mitglieder der Prokla-Redaktion, daß die Frage nach ihrer möglichen Systemstabilisierungsfunktion sich für jede Opposition in jedem hochindustrialisierten kapitalistischen Land stellt. Es kann nicht darum gehen, mit Steinen über den großen Teich zu werfen (das wäre sowieso zu weit), wenn wir in Alteuropa selbst im Glashaus sitzen. Angesprochen ist vielmehr das alte, von Gramsci als »Transformismo« bezeichnete Problem der subalternen Integration von Oppositionsbewegungen. Sie kommt dann zustande, wenn es der bürgerlichen Klasse gerade dadurch, daß ihre Herrschaft (oder Aspekte ihrer Herrschaftsausübung) herausgefordert wird, gelingt, neue und wirksamere Integrationsmechanismen zu entwickeln. Der Unterschied zwischen Europa (damit auch der BRD) und den USA besteht freilich darin, daß hier die Traditionen der Arbeiterbewegung und ihrer sozialistischen Ideen – wenn auch vielfältig gebrochen – noch in der Weise wirksam sind, daß sie nach wie vor den zentralen Bezugspunkt für eine relativ kontinuierliche, linke, oppositionelle Kultur darstellen. Im Unterschied dazu ist die Opposition in den USA viel heterogener und aus Gründen, die bereits Sombart analysierte, verstreuter – aber nicht nur das: Ihr scheint mit dem Sozialismus weitgehend auch die Idee einer Opposition gegen das kapitalistische System als solches zu fehlen. Linke »Opposition« heißt also nicht in jedem gesellschaftlichen Kontext dasselbe. Die Traditionen, die gesellschaftlichen Handlungsräume, die Akteure und deren Hoffnungen, Wünsche und Perspektiven sind zu unterschiedlich. Nichtsdestotrotz gibt es über die Grenzen hinausreichende

Gemeinsamkeiten, die aber über die bestehenden Unterschiede (nationale, kulturelle, politische) hinweg immer neu erarbeitet werden müssen. Sie können nach allen historischen Erfahrungen und dem offenen Zutagetreten von Interessengegensätzen nicht einfach unter dem Traditionsmotto »Internationale Solidarität« vorausgesetzt werden. Nüchterne Besinnung auf die Funktion von linker Opposition innerhalb des jeweiligen gesellschaftlichen Systems und Analyse der Bedeutung der Politik der jeweiligen Nationalstaaten für Gesellschaften, Völker, einzelne Menschen, Oppositionelle in anderen Teilen der Welt sind unverzichtbare Elemente dieser Auseinandersetzung, die damit zu einem Prozeß der Selbstaufklärung der Linken auch über ihre je eigenen nationalen Borniertheiten werden kann. Das gilt für alle Beteiligten, und deshalb kann es nicht darum gehen, die gute Linke hier gegen die schlechte Linke in den USA auszuspielen.

Wie dem auch sei, im Editorial wurde die Meinung vertreten, daß es für linksoppositionelle Kräfte außerhalb der USA wenig Sinn hat, sich an der Opposition in den USA zu orientieren und auf die Eventualität ihres Erfolges zu hoffen und zu warten. Außerhalb der USA, das ist wiederum trivial, geht es um die Bestimmung der je eigenen politischen Absichten im eigenen politischen Handlungsfeld, in dem die Außenpolitik (oder breiter: die Außenprojektion) der USA eine wichtige Determinante ist. Diese Bestimmung der eigenen Politik hat mit der Frage, ob man der US-Opposition Erfolg *wünscht* oder nicht, herzlich wenig zu tun. Eher damit, ob ein solcher Erfolg, bei nüchterner Einschätzung der Chancen, erwartbar ist oder nicht, und weiter mit der Einsicht, daß man von außen so gut wie nichts zu diesem Erfolg beitragen kann. Von außen kann man z.B. durch eigene Aktivitäten, wie die von Meyer/van Cappelleveen angeführten Boykottmaßnahmen gegen in Süd-Afrika tätige Unternehmen, Druck auf ein Regime ausüben. Ob aber dieser Druck in verschärfter Repression oder in einer Stärkung der Opposition (oder gar in beidem) resultiert, ist von außen nicht zu steuern.

Ein solches Argument wird im Editorial noch weiter getrieben, weil es im Verhältnis zu den USA um dreierlei geht. Erstens ist in unserem politischen Handlungsfeld die Rolle der USA – und es ist auch hier, bei aller Teilhaberschaft der BRD, eine imperiale Rolle – unangemessen groß. Zweitens muß die Korrektur der US-Außenpolitik notwendig von innen erfolgen und ist damit eine Angelegenheit der oppositionellen Kräfte in den USA. Drittens braucht und kann sich die Opposition von außen, die es jeweils wiederum vor allem mit ihren innenpolitischen Gegnern zu tun hat (z.B. wir mit unseren Atlantikern, aber vielleicht sollte man auch einmal fragen, wie eigentlich die »Republikaner« auf ihren schönen Namen gekommen sind?), nicht an den Erfolg oder Mißerfolg der US-Opposition zu binden. In diesem Sinne wird im Editorial die Ansicht vertreten, daß man politisch von den US-Binnenverhältnissen getrost abstrahieren kann. Niemand wird bestreiten, daß es besser ist, wenn man mehr darüber weiß als weniger (sonst hätte es in der Tat kein Prokla-Heft zu den USA zu geben brauchen). Und niemand wird professionellen USA-Forschern, schon gar nicht den wenigen Linken darunter, den Sinn ihrer Arbeit streitig machen. Aber das Hauptargument des Editorials war: mehr Wissen, Aufklärung über die USA ist kein Ersatz für Politik. Lin-

ke Politik hier sollte sich zuerst und vor allem an den Effekten der US-Außenprojektion auf unsere gesellschaftlichen Verhältnissen orientieren. Hinter dieser Forderung nach einer bewußten Abstraktion von den US-amerikanischen Binnenverhältnissen steht die folgende einfache These: Für die Schlußfolgerung, daß die Effekte der Außenprojektion der US-Gesellschaft auf andere Gesellschaften keinen Fortschritt in Richtung der Ziele linker Politik bedeuten, sondern zerstörerisch wirken, genügt die Beobachtung dieser Effekte – von der Herstellung militärischer und ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse bis zur Amerikanisierung des Alltagslebens – dort, wo sie anfallen, sei es in der BRD oder anderswo.

Das heißt erstens, daß nicht überall gut sein muß, was in den USA gut ist. Zweitens ist unbenommen, daß es sehr wohl positive Effekte der US-Außenprojektion gegeben hat und gibt. Aber die Bilanz ist, drittens, negativ. So erklärt sich der Prokla-Titel »Bye bye, USA«: das Modell der US-Gesellschaft – wie immer seine Wahrnehmung von außen von der Binnenwahrnehmung abweichen mag – hat sich als unbrauchbares Entwicklungsmodell für andere Gesellschaften erwiesen. Noch mehr: Die US-Gesellschaft hat eine radikale Erneuerung nötig. Keiner der Kritiker ist auf die für das Editorial zentrale Begründung dieser Auffassung eingegangen: der American way of life ist aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen nicht über die USA hinaus universell realisierbar. Er kann schon allein deshalb zur Nachahmung nicht empfohlen werden. Dabei geht es nicht darum, daß der Rest der Welt sich den American way of life nicht leisten kann, weil ihn sich die USA leisten, sondern darum, daß sich *keine* Gesellschaft auf Dauer die mit dem American way of life verbundene Verschleuderung natürlicher und sozialer Ressourcen leisten kann. Das ist noch nicht einmal eine Frage von Kapitalismus oder Nicht-Kapitalismus. Es handelt sich auch nicht mehr um das ethische Problem, wie man rechtfertigen könnte, daß in Nordamerika und Westeuropa nicht-erneuerbare Ressourcen in einem Maße beansprucht werden, von dem 80 Prozent der Weltbevölkerung noch nicht einmal zu träumen wagen kann. Eine solche Rechtfertigung gibt es nicht. Selbst wenn es sie gäbe: Wenn die Prognosen über Klimaveränderungen und kommende ökologische Krisen nur einigermaßen stimmen, bleibt nichts als eine radikale Veränderung der Lebensweise – in den USA und in den »amerikanisierten« Gesellschaften anderswo – die kurz und bündig als Abschied vom American way of life beschrieben werden kann. Was, gemessen an ökologischen Kriterien, nur als massenhafte Überkonsumtion bezeichnet werden kann, hat als Lebensform ausgedient, ob mit oder ohne Kapitalismus. Das wissen viele US-Amerikaner genauso gut wie wir hier, aber es ist nun einmal so, daß der American way of life seinen Ursprung und Hauptstützpunkt in den USA hat. Bei alledem ist USA-Kritik (inklusive der Kritik an der bundesdeutschen Variante des American way of life) nicht dasselbe wie Kapitalismuskritik, so bedauerlich das für diejenigen Kritiker des Prokla-Editorials sein mag, die die altehrwürdigen, gut ausrechenbaren linken Kritikmuster (gegen Kapitalismus, Ausbeutung, Rassismus, Imperialismus) plötzlich und genau dann vermissen, wenn ihnen eine andere Kritik zu nahe tritt. Zu den »prisoners of the American dream« gehören jedenfalls nicht nur die US-Amerikaner.

Heiner Ganßmann im Namen der Redaktion der Nummer 74